

Kapitalismus ohne Kapitalisten

Max Nomad

Juni 1934

Sowohl Kommunismus als auch Faschismus sind neue Formen des Kapitalismus mit privilegierten, sich selbst erhaltenden Klassen. Die Frage, wie dieser Autor sie stellt, lautet: Wer wird die Macht haben? Mr. Nomad ist der Autor der in Scribner's im März 1933 veröffentlichten Biographie von Karl Marx.

Fünf Jahre wachsender Depression haben viele traditionelle Konzepte durcheinander gewirbelt. Sozialismus und Kommunismus beginnen ihren Schrecken zu verlieren. Sowjetrußland ist nicht länger ein Schreckgespenst, sondern eine Inspiration für sehr respektable Leute. Der Bankrott des privaten kapitalistischen Systems hat die Selbstsicherheit seiner Verteidiger unterminiert. Wenn konservative Tageszeitungen wie die *New York Times* über Mängel in Stalins Verwaltung berichten, tun sie diese eher in der Weise von *tu quoque*¹ als in einer triumphierenden Stimmung voller Selbstgerechtigkeit. Apologeten unseres guten alten „robusten Individualismus“ werden immer seltener. Diskussionen über Planwirtschaft – öffentliche Kontrolle über oder öffentliches Eigentum an Industrien – werden freimütig in Veröffentlichungen ausgetragen, die noch vor wenigen Jahren vor diesem Thema so heftig zurückgeschreckt sind wie vor religiösen oder vor Rassen-Tabus.

In den Vereinigten Staaten scheint die Idee einer kompletten Nationalisierung aller Industriezweige völlig fern der Realität zu liegen. Allerdings gab es bereits lange vor der Depression eine Tendenz in diese Richtung. Ein nationaler Notstand, das heißt der Krieg, brachte die meisten Industrien tatsächlich unter die Kontrolle der Regierung. Zur gleichen Zeit erfaßte eine weitreichende Konzentration von Kontrollen verschiedene Industrien. Ähnliche Veränderungen gleichen Ausmaßes fanden auch in England und Deutschland statt. In der kürzlich erschienenen Arbeit *The Modern Corporation and Private Property* von A. A. Berle Jr. und G. C. Means zeigen die Autoren,² daß der Hauptteil von Amerikas ökonomischem Reichtum unter die Kontrolle von zweihundert Gesellschaften geraten ist und sie beschreiben, wie das Management sich von den traditionellen Eigentumsrechten derer, die den Großteil des Kapitals beisteuern, getrennt hat und diese überlagert. Sie kommen zu dem Schluß, daß sich eine Art „aktive“ Eigentümerschaft der Direktoren entwickelt hat, im Gegensatz zur „passiven“ Eigentümerschaft der einfachen Aktionäre, die praktisch weder bezüglich des Managements noch bezüglich der Gewinnverteilung etwas zu sagen haben. Eine noch weiterreichende Konzentration, die in der kompletten Kontrolle des Wirtschaftslebens des Landes durch einige große Trusts mit ineinandergreifenden Aufsichtsräten gipfeln wird, kann leicht vorhergesehen werden. Wenn dieser Augenblick erreicht ist – und er ist näher als gemeinhin angenommen –, werden das Management der in großen Trusts organisierten Wirtschaft und die politische Verwaltung verschmelzen, wobei die Föderation der großen Trusts den Staat schlucken wird oder umgekehrt. Viele glauben, daß die NRA³ diesen Prozeß beschleunigt.

Die Nationalisierung öffentlicher Einrichtungen und anderer Industriezweige ist in den meisten europäischen Ländern schon lange Praxis. Bereits vor dem Krieg waren auf dem Kontinent Herstellung und Verkauf von Alkohol, Streichhölzern, Salz und Tabak, der Betrieb der Eisenbahnen sowie das Telegraphen- und Telefonsystem hier und da Staatsmonopole geworden. Diese Maßnahmen waren hauptsächlich aus fiskalischen Gründen durchgeführt worden, um das Finanzministerium mit den für die Regierungsausgaben notwendigen Mitteln auszustatten, und in manchen Fällen teilweise auch zur Unterstützung von bestimmten paternalistischen Maßnahmen zwecks Sicherung der Stabilität des Systems. Die Schwierigkeiten, denen sich das deutsche Finanzwesen nach dem Krieg gegenüber sah,

¹ Tu quoque: auch du (AdÜ).

² Adolf A. Berle Jr./Gardiner C. Means, *The Modern Corporation and Private Property*, New York 1933 (AdÜ).

³ NRA: National Recovery Administration. Die von der Regierung Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufene NRA sollte die Wirtschaft auf der Basis einer rationalen Planung und in Zusammenarbeit zwischen Industrie, Gewerkschaften und Regierung wiederbeleben (AdÜ).

führte zur aktiven Staatsintervention. Das Reich erwarb eine kontrollierende Teilhabe an dem hoch zentralisierten Banksystem, mit dem Ergebnis, daß die meisten Industrien, da sie bei den Banken hoch verschuldet sind, indirekt unter die Kontrolle des Staates gebracht wurden. In der modernen Türkei werden etwa ein halbes Dutzend der führenden Industrien vom Staat betrieben, der ebenso die Handelsmarine und fast das gesamte Kapital des Banksystems besitzt. Kemals Reich hat sich nun, trotz seines heftigen Widerstandes gegen jedwede Form von roter oder rosaroter Propaganda, mehr als jedes andere Land einem System des kompletten Staatseigentums angenähert, so wie es in Rußland betrieben wird.

Solche Tendenzen, die auf merkwürdige Art dem unvermeidbaren modernen Trend zu stärkerer Konzentration und schließlich zum Staatseigentum ähneln, können weit zurück in die Geschichte verfolgt werden. Während des Mittelalters errichtete die Kirche eine Art von internationalem Supertrust mit ökonomischen und politischen Verzweigungen in aller Welt. Ende des fünfzehnten Jahrhunderts besaß sie in Frankreich und Deutschland mindestens ein Drittel allen verfügbaren Landes und in einigen Teilen Deutschlands sogar vier Fünftel. Wäre er nicht auf Hindernisse gestoßen, hätte dieser Supertrust allmählich die komplette Kontrolle über den gesamten ökonomischen Reichtum der christlichen Welt gewonnen – wobei alle, die nicht als Priester geweiht gewesen wären, als Diener oder als Bürger zweiter Klasse für den Ruhm der Kirche, oder, genauer, für das Vergnügen der allmächtigen, alles leitenden Geistlichkeit eines „christlich-sozialistischen“ Superstaates gearbeitet hätten.⁴

Aber so sollte es nicht kommen. Das Wachstum der Städte und Industrien, die Konsolidierung der zentralisierten Staatsmacht durch die stärksten der feudalen Alleinherrscher und der gleichzeitige Aufstieg einer weltlichen Bürokratie unterbrach diese Entwicklung. Der Kapitalismus nahm, zunächst in seiner modernen individualistischen Form, den Kampf um die Weltherrschaft auf. Dieser Kampf ist jetzt praktisch beendet, wobei der gesamte Wohlstand der Nationen von einer vergleichsweise kleinen Anzahl von Finanz- und Industriegesellschaften kontrolliert wird. Allerdings ist der siegreiche Kapitalismus jetzt dabei, einen völlig neuen Weg einzuschlagen. Er hat seine eigenen Nachfolger in Form einer neuen sozialen Schicht von Managern, Organisatoren, Technikern und anderen ausgebildeten Angestellten hervorgebracht, die schrittweise alle Funktionen des technischen und wirtschaftlichen Managements übernommen haben, die ursprünglich dem individuellen kapitalistischen Eigentümer selbst oblagen. Es ist diese in Bezug auf Zahl und Wichtigkeit angewachsene neue Mittelschicht, die bald schon auf die eine oder andere Weise mit staatlichen Mitteln die faktische und komplette Kontrolle über die gesamte Gesellschaftsstruktur erlangen könnte.

Eine Bewegung, die das kapitalistische System auf der Basis von staatlichem Eigentum reformieren wollte, entstand in Europa im frühen neunzehnten Jahrhundert. Seine Sprecher kamen aus den Reihen der weitsichtigen Intellektuellen der Mittelschicht, die befürchteten, daß das rücksichtslose, auf Zufall basierende System des privaten kapitalistischen Profits zu Aufruhr und mißlichen Situationen führen könne, ähnlich denen, die im Sog der großen Französischen Revolution entstanden. In den Köpfen der führenden Reformer gab es keinen Gedanken daran, die Reichen tatsächlich zu enteignen und etwas zu etablieren, daß sich ökonomischer Gleichheit mit der logischen Folge einer Abschaffung der Klassen annäherte. Der große französische sozialistische Wegbereiter Saint-Simon (er starb 1825) bestand darauf, daß die „Künstler, Wissenschaftler und Verwalter“ die „natürlichen Herren“ der Arbeiter

⁴ Ein schlagendes Beispiel für „christlichen Sozialismus“ war das „kommunistische“ Experiment, das im achtzehnten Jahrhundert für einige Jahrzehnte in Paraguay durchgeführt wurde. Unter diesem System zwangen die jesuitischen Mönche alle Indianer des Landes, in sozusagen „kommunistischer“ Weise für den Orden des heiligen Ignatius von Loyola zu arbeiten. Der einzelne Jesuit besaß keinen Quadratcentimeter Land, aber seine Organisation, die in allen praktischen Zwecken identisch mit der Regierung war, erntete sämtliche Erträge aus der Arbeit der indianischen Sklaven.

sind. Charles Fourier, ein anderer bedeutender sozialistischer Denker des neunzehnten Jahrhunderts, schlug vor, daß in seinem sozialen System die Verteilung entsprechend folgender Formel vorgenommen werden sollte: vier Zwölftel des nationalen Einkommens gehen an das Kapital, drei Zwölftel an die „Begabten“ und fünf Zwölftel an die Arbeit. Dieser Plan entsprach fast einer modernen Version des „Kommunismus“ der Inka Periode in Peru, wo ein Drittel des nationalen Einkommens an den Kaiser und seine Verwandten, d.h. den Adel, ein weiteres Drittel an die Priester, die „Begabten“ dieser Ära und das letzte Drittel an die produzierenden Bauern ging.

Karl Marx, realistischer als seine Vorgänger, und ohne Furcht vor dem Schreckgespenst der Revolution wie die meisten von ihnen, appellierte nicht an das freundliche Herz oder den gesunden Menschenverstand der besitzenden Klassen, um einen Wechsel von individualistischer kapitalistischer Wirtschaft zu einem kollektiven System herbeizuführen. Er sah die Tendenz des modernen Kapitalismus zur wachsenden Konzentration voraus, an deren Ende ihm der unausweichliche Übergang in ein System des Staatseigentums vorschwebte, das er die „erste Phase des Kommunismus“ nannte. In einigen seiner berühmten Äußerungen erklärte er, dieser Übergang würde das Ergebnis einer Revolution der Arbeiterklasse sein, die die „Diktatur des Proletariats“ etablieren würde. Aber andere seiner Feststellungen hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten in demokratischen Ländern wie England, Holland oder USA, verweisen auf die Tatsache, daß er sich den Übergang zu dem, was er Kommunismus nannte (und was normalerweise Sozialismus heißt), als einen friedlichen Prozeß vorstellte, der die Entschädigung der früheren Eigentümer einschließt. Die Praxis der sozialistischen Parteien überall in der Welt, wo immer sie die Gelegenheit haben, im Rahmen demokratischer Institutionen zu arbeiten, weist in die letztere Richtung.

Die „erste Phase des Kommunismus“ ist jetzt in Rußland seit einigen Jahren im Aufbau. Aufgrund besonderer historischer Umstände hat eine Gruppe von Marxanhängern, die die traditionelle „gradualistische“ Konzeption des westlichen Sozialismus hinter sich gelassen hat, die kapitalistischen Eigentümer gewaltsam enteignet und ist nun mit dem beschäftigt, was „Aufbau des Sozialismus“ genannt wird. Neutrale Beobachter allerdings, die sowohl über der bolschewistischen als auch über der antibolschewistischen Propaganda stehen, betrachten das Sowjetsystem praktisch einstimmig nicht als Ergebnis teuflischer Machenschaften einer fanatischen Bande von visionären Gleichmachern, die auf das Verschwinden aller Klassenunterschiede aus sind, sondern als etwas ganz anderes: Eine neue Form des Kapitalismus mit seiner pyramidenförmigen Schichtung, seinen Amtsinhabern und Handarbeitern und schließlich seinen substantiell unterschiedlichen Einkommenshöhen, die zur Etablierung einer privilegierten, sich selbst erhaltenden Klasse von Bürokraten und Technologen führt. Unter diesem System ist der Staat, das ist die Klasse der Amtsinhaber, der einzige Kapitalist, indem er die Fabriken und Betriebe sehr stark entsprechend denjenigen Prinzipien betreibt, die allgemein als Kapitalismus bezeichnet werden. Doch trotz seiner ökonomischen Ungleichheiten repräsentiert Rußlands „Experiment“, im Gegensatz zu dem planlosen System des privatkapitalistischen Profitmachens mit seiner entsetzlichen Verschwendung und Zerstörung von Werten zum Schaden der ganzen Bevölkerung, einen enormen Schritt vorwärts.

Diese neue Form des Kapitalismus wird nun allgemein als Staatskapitalismus bezeichnet, gleich ob er als Ergebnis eines gewaltsamen Aufstandes wie in Rußland oder durch graduelle Reformen eingeführt wird, wie in jenen Ländern, die jetzt eine Politik der Errichtung von Staatsmonopolen einschlagen. Sonderbar genug ist die Tatsache, daß die Begriffe Staatskapitalismus und Staatssozialismus als miteinander austauschbar gebraucht werden. Daß diese beiden Begriffe als Synonyme gebraucht werden können, ist vielleicht symbolisch für die Bedeutung, die das Wort „Sozialismus“ allmählich gewonnen hat. Man kann sagen, daß der Staatskapitalismus ein Kapitalismus ist, der das „sozialisti-

sche“ Merkmal des Staatseigentums übernommen hat, während der Staatssozialismus ein „Sozialismus“ ist, der das kapitalistische Merkmal der Ungleichheit der Einkommen beibehält. Es gibt einige Verwirrung hinsichtlich des Unterschiedes zwischen Staatssozialismus und „gewöhnlichem“ Sozialismus oder Kommunismus. Im allgemeinen werden die Begriffe „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ im Hinblick auf ein System von Staatseigentum angewandt, das als Resultat einer friedlichen oder gewalttätigen Machtergreifung durch die sozialistische oder kommunistische Partei errichtet wurde. Wenn ein solches System jedoch von den althergebrachten Parteien eingeführt wird, wird es als Staatskapitalismus oder Staatssozialismus angesehen. Aber angesichts der großen Feindseligkeiten zwischen den rivalisierenden radikalen Parteien würden die Kommunisten jedes von ihren rosaroten Rivalen errichtete System von Staatseigentum als Staatskapitalismus oder Staatssozialismus verurteilen. Die Sozialisten (und sogar kommunistische Gegner Stalins) nehmen in Bezug auf das Sowjetsystem die gleiche Haltung ein. Auf diese Weise gibt es in den Grundsätzen keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Verteidigern des Staatskapitalismus oder Staatssozialismus auf der einen, und denen des traditionellen Sozialismus oder Kommunismus auf der anderen Seite. Es ist nur die Ähnlichkeit ihres Ehrgeizes, was sie unterscheidet – um ein altes Bonmot zu benutzen, das während der Revolution von 1848 im Umlauf war. Die Frage ist, wer in den Besitz der Regierungsmaschinerie mit ihren hunderttausenden von Stellen gelangen soll: die althergebrachten Politiker der oberen und mittleren Schichten, eingeschlossen die Liberalen und die moderaten Sozialisten, oder ihre jüngeren Rivalen aus den unteren Mittelschichten, eingeschlossen die sich zur Wehr setzenden und deklassierten Intellektuellen und autodidaktisch gebildeten Ex-Arbeiter, die das Vokabular des revolutionären Kommunismus gebrauchen. Es ist richtig, daß die Kommunisten sich durch die Besonderheit auszeichnen, daß sie sich für die komplette Enteignung der Kapitalisten aussprechen, während die anderen Anwärter auf den Regierungsbesitz die früheren Eigentümer auf die eine oder Weise entschädigen würden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß Marx, der Lehrer sowohl der Sozialisten als auch der Kommunisten, nichts gegen eine Entschädigung hatte, wie seine berühmte Bemerkung, „die ganze Bande (der Kapitalisten) auszuzahlen“, zeigt. Zudem würde dies, auch wenn die Kapitalisten ohne

⁵ Es gab sozialistische Richtungen wie Anarchismus und Syndikalismus, die sich dafür aussprachen, über die bloße Etablierung eines Staatskapitalismus hinauszugehen. In der Praxis unterscheiden sie sich, jedoch nicht wesentlich weder von den moderaten Sozialisten mit westlicher demokratischer Überzeugung, noch von den revolutionären Kommunisten russischer Richtung. Die Mehrzahl der Anarchisten und Syndikalisten gibt sich mit der friedlichen Propaganda eines Ideals von menschlicher Brüderlichkeit zufrieden, die entweder in der Form „freier Kommunen“ oder in der Form einer Verwaltung der Industrien durch die Gewerkschaften umgesetzt werden soll. Aber die Verwirklichung dieses Ideals verschieben sie in die gleiche entfernte Zukunft ungeborener Generationen, der die marxistischen Sozialisten und Kommunisten ihre millenaristische „höhere Form des Kommunismus“ anvertrauen. Bevor dieses Stadium erreicht ist, bestehen sie einfach auf einem größeren Spielraum für die lokale Autonomie oder die Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen des sozialistischen Staates, der nichts anderes ist, als ein eleganterer Begriff für Staatskapitalismus. Die ungeduldigeren Elemente unter den Anarchisten – die sogenannten „Anarchobolschewisten“ -, die seit einigen Jahren von einer revolutionären Diktatur sprechen, repräsentieren nur eine unorthodoxe Variante des russischen Kommunismus. Das gilt für die jungen spanischen Neoanarchisten, deren „revolutionäres Komitee“ während der kürzlichen Revolte vom Dezember 1933 versprach, die Banken unter seinen Schutz zu nehmen und für die „Verteilung des Reichtums unter das Volk“ zu sorgen. Dasselbe trifft ebenso für die französischen Neosyndikalisten zu, die nun „alle Macht den Gewerkschaften“ verlangen, was nichts anderes bedeutet, als alle Macht für die Gewerkschaftsangestellten zu verlangen. Ungeachtet ihrer abweichenden theoretischen Redeweisen, sind sie unter der Oberfläche „eineiige Zwillinge“ der Anhänger Lenins. Was auch immer ihre „antiautoritären“ Erklärungen in der Gegenwart angeht, würden sie, wenn es ihnen wo auch immer gelänge, die Macht zu ergreifen, unausweichlich sich selbst als herrschende, privilegierte, sich selbst erhaltende Klasse der Amtsinhaber des neuen Staates einsetzen, der alle Merkmale des in Rußland errichteten Staatskapitalismus haben würde. Mit dem einzigen Unterschied, daß es an Stelle der tradierten Verschwörer aus der Schule von Marx und Lenin ihre ein anarchistisches und syndikalistisches Vokabular benutzenden Rivalen wären, die dem neuen Regierungsgebäude ihren Stempel aufdrücken würde.

Entschädigung enteignet werden, nicht notwendigerweise eine Änderung des ökonomischen Status der Arbeiter bedeuten. Es bedeutet tatsächlich nur, daß der Umfang der Gewinnanteile, den bisher die Eigentümer erhielten, in der Form höherer Einkommen für die Mitglieder der neuen herrschenden Klasse – Techniker und Amtsinhaber – verteilt würde.⁵

Projekte, die entweder auf eine allmähliche oder sofortige Nationalisierung der Industrien abzielten, sind oft unabhängig und jenseits der sozialistischen Bewegung vorangebracht worden. Am Ende der sechziger Jahre spielte Bismarck mit der Idee, alle Branchen der deutschen Wirtschaft zu nationalisieren. Um diesen Plan durchzuführen, warb er sogar um die Mitarbeit von Marx und seinen engsten Anhängern. Der Gründer des Deutschen Reiches hatte natürlich nicht die Absicht, die Reichen zum Vorteil der Armen zu berauben – abgesehen von gewissen paternalistischen Verbesserungen zwecks Stabilisierung des Staates. Seine Idee zielte darauf ab, die Regierung der preußischen Junker durch Konzentrierung aller ökonomischen Ressourcen des Landes in ihren Händen zu stärken. In seiner Auswirkung hätte dieser Plan den früheren Industrie- und Agrarmagnaten nicht die Freude an ihren hohen Einkommen genommen. Allerdings hätten sie diese nicht in Form von Profiten oder Pachtzins erhalten, sondern unter dem Deckmantel hoher Gehälter für von der Regierung bestellte industrielle oder landwirtschaftliche Spitzenkräfte.

Sogar nachdem Bismarck diesen Plan aufgegeben hatte, lebte die Idee in den Köpfen vieler weitsichtiger preußischer Junker und ihrer ideologischen Wortführer fort. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1892 sprach Wilhelm Liebknecht (Vater von Karl), einer der wichtigsten Führer der Partei, von den Plänen der konservativen Verfechter des „Staatssozialismus“, die alle möglichen Entwürfe im Hinblick auf Regierungseigentum vortrugen. In dieser Rede betonte er die Tatsache, daß er „mit politischen Gegnern der äußersten konservativen Partei (d.h. der Partei der preußischen Junker)... schon in Diskussionen gerathen“ sei „über unsere Bestrebungen“ und daß ihm „Personen der höchsten Namen, die zur Führerschaft der konservativen Partei gehörten, sagten: „Alles, was sie socialistisch erstreben, kann ich unterschreiben, Wort für Wort, aber das Demokratische bei Ihnen trennt uns. Daß Sie brechen wollen mit allen Grundlagen der heutigen Gesellschaft (d.h. feudal-junkerlicher Halbabsolutismus), daß Sie Monarchie, die Religion, alles, was uns heilig ist, abschaffen wollen, das trennt uns. Socialistisch sind wir, wie Sie“.“⁶

Der Grund für die ablehnende Haltung der deutschen sozialistischen Opposition gegenüber dem „Staatssozialismus“ (d.h. Staatskapitalismus) der preußischen Junker war offensichtlich. Unter der politischen Oberherrschaft der Hugenbergs und von Papens dieser Jahre wären alle Macht und alle privilegierteren Stellungen in der Regierung und in der Verwaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Nation an die gebildeten Sprößlinge der Junker und oberen Mittelschichten übergegangen, während die gebildeten unteren Mittelschichten, denen die meisten aus der sozialistischen Führung entstammten, auf die Rolle von bloßen Untergebenen mit dem Einkommen gering bezahlter Angestelltensklaven eingeschränkt worden wären. Aus diesem Grunde beachtete Marx als revolutionärer Demokrat seinerzeit das Angebot Bismarcks nicht und aus diesem Grunde zeigten sich die Sozialisten im allgemeinen über die Nationalisierung einzelner Industriezweige in solchen Ländern, denen es an demokratischen Institutionen mangelte, nicht erfreut.

Was bei scharfsinnigen Angehörigen der besitzenden Klassen wie Bismarck nur ein Spiel mit der Idee des Staatskapitalismus gewesen war, sollte in vielen Ländern unmittelbar nach dem Krieg zu

⁶ Wilhelm Liebknecht, Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie, in: Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 21. November 1892 in Berlin, Berlin 1892, S. 157–166, hier S. 158 (AdÜ).

einer ernsthaften Angelegenheit werden. Der vollständige Ruin der besiegten Nationen und sogar einiger der „Sieger“ hatte in ihrem Gefolge die Verarmung großer Teile der gebildeten Mittelschichten mit sich gebracht. Hunderttausende, wenn nicht Millionen Angehörige der Mittelschichten, die sich bis dahin einer sorgenfreien Gegenwart und Zukunft unter dem kapitalistischen System sicher gewesen waren, fanden sich jetzt zu tiefster und hoffnungsloser Armut degradiert. Dreißig, fünfzig, sechzig Prozent aller Universitätsabgänger haben keine Aussicht auf irgendeine lukrative Stellung. Sie werfen feindselige und mißgünstige Blicke auf die privilegierten Nutznießer der gegenwärtigen Lage, gleich ob Kapitalisten oder einfach Amtsinhaber in öffentlichen oder privaten Einrichtungen. Einige dieser „neuen Armen“ schließen sich den Sozialisten und Kommunisten an, die das antikapitalistische Evangelium des Regierungseigentums gepredigt haben, das entweder durch friedliche demokratische Methoden oder durch die Errichtung einer revolutionären Diktatur verwirklicht werden soll. Aber die Mehrheit dieser hungrigen Außenseiter zieht es vor, ihr „antikapitalistisches Verlangen“ (ein von Georg Strasser, bis 1932 führender Kopf der Nazi-Bewegung, geprägter Ausdruck) mit Schlagworten zu verbinden, die nationalistischen Haß oder Rassenhaß und entsprechenden Ausschluß propagieren und solche Überzeugungen in die Gehirne des verarmten homo sapiens der Mittelschicht befördern. Dies besonders deshalb, weil die Führer der radikalen Parteien, denen es gelungen ist, große Teile der Arbeiterklasse entweder im politischen oder im gewerkschaftliche Bereich zu organisieren, jeden ernsthaften Kampf gegen die bestehenden Mächte aufgegeben haben, weil sie es bevorzugen, selbstzufrieden in der Sicherheit ihrer zahllosen Stellen, entweder als politische Stelleninhaber, Parteiführer und Gewerkschaftsorganisatoren oder als Redner und Journalisten, zu verharren.

Der Doppelcharakter des Faschismus, der den unzufriedenen Massen die radikalsten antikapitalistischen Maßnahmen verspricht und zugleich finanzielle Unterstützung seitens der Kapitalisten für einen erbarmungslosen Ausrottungskrieg gegen radikale und Arbeiterorganisationen akzeptiert, hat vielen Schwierigkeiten bereitet, die wirkliche Bedeutung der Bewegung zu verstehen. Jetzt, nachdem sich Mussolini und Hitler in ihren jeweiligen Ländern fest etabliert haben, werden die weiteren Bedeutungen des Faschismus deutlicher. Denn abgesehen von vielen gegen radikale oder ansatzweise radikale Mitbewerber um die Macht oder politische und andere Stellen gerichteten reaktionären Maßnahmen, haben sich die Faschisten entweder für eine Politik eingesetzt, die normalerweise unter der Bezeichnung Staatskapitalismus firmiert, oder aber starke Tendenzen in diese Richtung gezeigt. So hat einer der einflußreichsten Berater Mussolinis, der frühere italienisch-amerikanische „Wobbly“ (I.W.W.)⁷ Edmondo Rossoni, offen eine Politik der kompletten Nationalisierung der Industrien befürwortet. Die theoretische Zeitschrift „I Problemi del Lavoro“, in Mailand von früheren sozialistischen Gewerkschaftsführern herausgegeben, nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. Die Ausgabe vom November 1933 enthält eine enthusiastische Verteidigung des russischen Systems, unter dem „die Arbeiter erstmals die Herren“ sind. Das scheint darauf hinzudeuten, daß Mussolini, der jegliche sozialistischen oder kommunistischen Parteiaktivitäten verbietet – denn Faschismus meint, wie Bolschewismus, das Regierungsmonopol einer einzigen Partei – die Möglichkeit in Betracht zieht, zu einem System des Regierungseigentums Zuflucht zu nehmen, falls dies für die Aufrechterhaltung seines Regimes notwendig werden sollte. In Deutschland führten die Nazimassen trotz aller der großen Wirtschaft aus dem Stegreif gegebenen Versprechen sofort eine Art Kontrolle der Industrien durch ihre Partei“zellen“ ein. Diese Politik bezeugt, auch wenn sie später aufgegeben wurde, eine starke Tendenz in diese Richtung innerhalb der Partei. Die Entlassung aller Amtsinhaber, die keine Nazis sind, und die Entfernung der Juden aus ihren Berufen und anderen Beschäftigungen wird sich als

⁷ I.W.W.: Industrial Workers of the World (AdÜ).

kaum ausreichend erweisen, den Appetit all der zahllosen Anhänger Hitlers zu befriedigen. Um mehr Regierungsstellen zu schaffen und die dazu nötigen Finanzen aufzubringen, werden sie früher oder später gezwungen sein, weitreichende Nationalisierungsmaßnahmen zu ergreifen, mit oder ohne Entschädigung der Eigentümer. Denn die konkreten Notwendigkeiten der Selbsterhaltung werden sich als stärker erweisen als alle ihre mittelalterlichen oder vorsintflutlichen Propagandasprüche. (Umgekehrt können ähnliche Gründe der Zweckmäßigkeit Kommunisten gelegentlich dazu veranlassen, von Maßnahmen zur Enteignung und Nationalisierung abzusehen. So hat die kommunistische Regierung der sogenannten chinesischen Sowjetterritorien – während sie die „marxistisch-leninistische Erziehung“ an die Stelle des alten Systems der konfuzianischen Schulen setzt – die Industrieunternehmen in den Händen ihrer kapitalistischen Eigentümer gelassen.) Auch wenn es sonderbar klingt, verdankt sich Hitlers Aufstieg zur Macht zu einem erheblichen Teil der Angst der großen deutschen Fabrikbesitzer und Landeigentümer davor, daß General Schleicher, sein Vorgänger als Kanzler, der bonapartistische Neigungen hatte, eine Politik des Staatskapitalismus einleiten könnte. Schleicher war von einer Gruppe junger Intellektueller mit Beziehungen zu den Junkern umgeben, die ein „antikapitalistisches Gemeinwesen“ bevorzugten – eine Art von militärischem „Sozialismus“, unter dem alle Wirtschaftszweige der Nation dem Staat gehören würden und dieser wiederum der Militärkaste und der Klasse der Amtsinhaber, die sich aus der jüngeren Schicht des preußischen Adels und jenen gebildeten Elementen der Mittelschichten zusammensetzen würde, die deren Hegemonie anerkennen würden. Um diesem bonapartistischen „Sozialismus“ eine breitere Basis zu geben, war Schleicher bereit, sich auf die Gewerkschaften zu stützen und mit verschiedenen demokratischen und moderat sozialistischen Elementen zusammenzuarbeiten – eine Politik, von der sowohl die Großindustrie als auch der Landadel eine wesentliche Einschränkung ihrer Macht befürchteten. Zur gleichen Zeit hatten große Teile der Anhängerschaft der Nazis damit begonnen, zu den Kommunisten überzulaufen oder gemeinsame Sache mit ihnen zu machen. (Sie waren von ihren feinen kapitalistischen Unterstützern fallen gelassen worden, nachdem ihre Hilfe indirekt die Machtübernahme des offen reaktionären Kabinetts der Junker unter von Papen ermöglicht hatte.) Eingezwängt zwischen dem bösen Geist von Schleichers militaristischem Staatskapitalismus und dem Abgrund einer bolschewistischen Enteignung – die angesichts der zahlreichen Übertritte militanter Nazis eine aktuelle Bedrohung wurde – bevorzugten die Milieus der Kapitalisten und Junker die Herrschaft von Hitlers Verein. Sie hofften, den Hunger der Naziwölfe mit den bis jetzt von Liberalen, katholischen Klerikern, Juden und Sozialisten besetzten politischen und sonstigen Stellen zu befriedigen. Aber es ist fraglich, ob sie auf lange Sicht in der Lage sein werden, die Geister zu kontrollieren, die sie heraufbeschworen haben.

Ähnlich wie in Deutschland verfolgt die extreme nationalistische Bewegung in Japan im wesentlichen ebenfalls einen staatskapitalistischen Kurs, wobei sie die Sprache des mittelalterlichen Feudalismus mit dem aggressivsten Imperialismus verbindet. Angesichts der zunehmend schlechten Lage eines wesentlichen Teils der Mittelschichten, der vollständigen Hoffnungslosigkeit großer Teile der Studienabgänger und der niedrigen Gehälter der jungen Offiziere, gewannen die Parolen „Nieder mit dem Kapitalismus“ und „Die Industrie gehört dem Mikado“, die nur eine andere Methode der Forderung nach Nationalisierung der großen Konzerne zum Ausdruck bringen, an Zulauf. Kapitalismus ohne Kapitalisten, d.h. Staatskapitalismus, darauf läuft die bevorstehende Phase der wirtschaftlichen Entwicklung hinaus. In den friedlichen Tagen des Individualismus sprach Herbert Spencer von der „zukünftigen Sklaverei“, wenn er sich die Möglichkeit der Realisierung sozialistischer Tendenzen vorstellte. Verteidiger und Gegner der gegenwärtigen Lage haben seine Warnung wiederholt. Ihre Verwünschungen können den unerbittlichen Lauf der Dinge nicht stoppen. So wie der Privatkapitalismus dem Feudalismus folgte, so folgt der Staatskapitalismus mit seiner Planwirtschaft notwendigerweise

seinem sich zersetzenden Vorgänger. Seine Einrichtung wird den Abschluß des zweiten Etappe der Revolution der Mittelschichten bedeuten. Er wird den früheren Eigentümer möglicherweise in einen Büroangestellten oder Amtsinhaber verwandeln, und die Summe aller gebildeten Regierungsangestellten wird die neue und alleine herrschende Klasse bilden. Die Sprache der Buchhaltung dieses wirtschaftlichen Systems wird nichts von Dividenden wissen. Aber der Löwenanteil des Nationaleinkommens wird ganz natürlich dazu dienen, die Annehmlichkeiten der neuen Herrscher zu steigern, bis der revolutionäre Massendruck der Handarbeiter eine gerechtere Verteilung erzwingt.

Die Zukunft wird zeigen, unter welchen Vorzeichen der Staatskapitalismus in den verschiedenen Ländern eingeführt wird. Je nach Umständen kann er – um drohende Konflikte zu vermeiden – durch die Zusammenarbeit zwischen liberalen Elementen der Mittelschichten und moderaten Sozialisten friedlich eingeführt werden. Dies würde auf die Organisation öffentlicher Arbeiten für die Arbeitslosen und die stufenweise und schmerzlose Ausschaltung der Privateigentümer mittels Entschädigung oder höher bezahlter Stellungen im Staatsdienst hinauslaufen. Oder es geschieht als Resultat einer verzweifelten Revolte der Millionen Arbeitslosen, die die Regierungsmacht dazu zwingen, den Prozeß der Nationalisierung zu beschleunigen und den hungrigen Massen Beschäftigung zu geben, indem sie die geschlossenen Fabriken öffnet und andere weiterreichende Maßnahmen ergreift. Schließlich kann es entsprechend dem russischen Modell mit seiner Parteidiktatur revolutionärer Intellektueller und Halbintellektueller ablaufen, das sich auf die Abschaffung aller Überreste von Privatunternehmen stützt und die Welt mit seiner widersprüchlichen Mischung supermoderner Reformen und einer manchmal maßlosen Konzentration unbegrenzter Macht in den Händen eines exklusiven Zirkels vor den Kopf stößt. Wenn alle diese Möglichkeiten fehlschlagen, kann er vielleicht im Sog eines Sieges der Faschisten eingeführt werden, begleitet von einem kulturellen Absturz in das Mittelalter.

Das neue System mit seinen verschiedenen Formen wird seine eigenen mörderischen Kämpfe verschiedener Gruppen erleben, die um die Macht, um die Inbesitznahme der Schlüsselpositionen in der Regierung und um bessere Stellen für ihr Klientel ringen.

Und es wird zweifellos auch mit eigenen Aspekten des Arbeitsproblems konfrontiert werden. Denn die Handarbeiter werden mit dieser „sozialistischen“ Form von Kapitalismus oder dieser kapitalistischen Form von „Sozialismus“ genauso wenig zufrieden sein wie mit der traditionellen privatkapitalistischen Form des Kapitalismus. Sie werden etwas ganz anderes und unerhörtes verlangen: eine sozialistische Form von Sozialismus, die gleichen Lohn für Hand- und Kopfarbeit garantiert. Denn was immer Bernard Shaw in jüngster Zeit in seinen weniger erleuchteten Momenten auch sagen mag, so hat er sicherlich die Sehnsucht der Benachteiligten zum Ausdruck gebracht, als er schrieb, daß „Sozialismus Gleichheit der Einkommen und nichts anderes bedeutet“. Ein utopische Vorstellung heute, mag dies in zukünftigen Zeiten Wirklichkeit sein – auch wenn die Abschaffung der Klassen, die diese Forderung beinhaltet, heute so unwirklich erscheint, wie dies politische Demokratie und öffentliches Eigentum vor nur einigen Generationen waren.

Anarchistische Bibliothek
Anticopyright



Max Nomad
Kapitalismus ohne Kapitalisten
Juni 1934

Entnommen aus: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit No. 17; S.171–180.
Erstveröffentlichung unter dem Titel „Capitalism without Capitalists“ in: Scribner’s Magazine. A Magazine of Human Interest, Modern Fiction, and Impartial Interpretation, No. 6/June 1934 (Vol. XCV), S. 407–411.

anarchistischebibliothek.org